



# SOZIALDEMOKRATISCHER PRESSEDIENST

Archiv  
des Vorstandes der Sozialdemokratischen  
Partei Deutschlands, Bonn  
3. JULI 1961

BONN, Friedrich-Ebert-Allee 170  
Fernsprecher 21831-33  
Fernschreiber 0888890

P/XVI/145 - 1. Juli 1961

Wir veröffentlichen in dieser Ausgabe:

<u>Seite:</u>		<u>Zeilen:</u>
1 - 2	<u>Europäisches Bergarbeiterstatut</u> Bedenken auf deutscher Unternehmerseite Von Hans Vandenberg, Strassburg	80
3	<u>Ein bemerkenswertes Jubiläum</u> Bindende Kraft sozialdemokratischer Ideen - Vor zehn Jahren erfolgte die Neugründung der Sozialistischen Internationale	40
4 - 5	<u>Die Bundesregierung aus der Sicht der Gemeinden</u> Von Oberbürgermeister H. Fischer (M&L)	97
6 - 7	<u>2300 von 150 000</u> Wie organisiert man die Wehr-Reservisten der Bundeswehr ?	106

\* \* \*  
\* \* \*

Europäisches Bergarbeiterstatut

Von Hans Vandenberg, Straßburg

In der vergangenen Woche brachten die Freien Bergarbeitergewerkschaften der sechs Montanunionstaaten in einer Presseerklärung "ihre besondere Genugtuung über die einstimmig angenommene Entschliessung, betreffend ein Europäisches Bergarbeiterstatut, zum Ausdruck". Sie meinten damit jene Beratungen im Europäischen Parlament in Straßburg, die für die Bergarbeiter Europas nach mehr als fünfjähriger Verhandlungszeit ein Bergarbeiterstatut brachten, in dem alle Massnahmen und Erfordernisse aufgeführt sind, die bei ihrer Verwirklichung den Bergarbeitern eine Sonderstellung im allgemeinen Wirtschaftsreich zu sichern vermögen.

Worauf es ankommt

Wie sehr es jedoch in dieser Frage darauf ankommt, was in den einzelnen Staaten dafür getan wird, betonte das Mitglied der Hohen Behörde, Heinz P o t t h o f f (SPD), während der Debatte im Straßburger Parlament. Er wies darauf hin, dass die Hohe Behörde alle Bemühungen auf sozialem Gebiet unterstützen und fördern könne, aber:

"Die Befugnisse zur Schaffung des Bergarbeiterstatuts liegen bei den Berufsorganisationen, beziehungsweise den staatlichen Organen. Ohne die Zustimmung dieser Institutionen sind Arbeiten, die zu einem solchen Statut führen, nicht möglich".

Körnlich äusserten sich die Gewerkschaftsvorsteher in ihrer oben bereits zitierten Presseerklärung. Sie hoffen,

"dass sich die Vertreter der politischen Parteien in ihren nationalen Parlamenten nachheilig für die Verwirklichung eines Europäischen Bergarbeiterstatuts einsetzen werden".

CDU-Philipp stimmt irrtümlich zu

Wie sehr begründet alle diese Äusserungen sind und wie illusionslos das vom Europäischen Parlament beratene Statut von den Bergarbeitern betrachtet werden muss, wurde schon bei der Debatte in Straßburg offenbar. Die einstimmige Annahme des Statuts sollte nicht täuschen. Aus I r r t u m nämlich kam es zu keiner Gegenstimme, denn ziemlich unmissverständlich hatte der deutsche CDU-Abgeordnete P h i l i p p vor dem Parlament zu dem Statut erklärt:

"Im Moment bin ich nicht in der Lage, dem vorgelegten Entschliessungsantrag zuzustimmen..."

CDU-Philipps Stimme f ü r das Statut kam dann nur deshalb zustande, weil er bei der Abstimmung der Auffassung war, dass es sich

um einen anderen Antrag handelt.

Wenn auch in der Regel eine Gegenstimme keine besondere Bedeutung hat, so wiegt doch des Christdemokraten Philipps MEIN deshalb so schwer, weil er exponierter Vertreter einer jener Berufsorganisation ist, von denen Heinz Potthoff sagte, dass ihre Zustimmung bei der Verwirklichung des Bergarbeiterstatuts in den einzelnen Ländern notwendig ist. Gerhard Philipp ist nämlich Geschäftsführer des Unternehmensverbandes Aachener Steinkohlenbergbau e.V. und sein Chef heisst Bergassessor a.D. Dr.-Ing. Helmut Burckhardt, der als Vorsitzender des Unternehmensverbandes Ruhrbergbau eine bedeutende Rolle bei der Gestaltung der Arbeitsbedingungen der Bergarbeiter spielt. Mit ihm und seinem Bergassessoren-Team muss nämlich die IG Bergbau und Energie verhandeln, wenn sie weitere soziale Fortschritte für ihre Bergarbeiter erzielen will.

#### Unternehmer telegrafieren...

Es gehört wenig Phantasie dazu, sich vorzustellen, dass sich Herr Philipp von der CDU mit Herrn Burckhardt darüber unterhalten hat, wie man sich zum Europäischen Bergarbeiterstatut stellen soll. Das um so mehr, als der Verband des Europäischen Bergbauunternehmer noch per Telegramm die Abgeordneten des Europäischen Parlaments aufforderte, das Statut nicht zu beraten!

Selbst der derzeitige Arbeitskräftemangel hat als die Auffassung der Bergbauunternehmer in sozialen Fragen nicht zu ändern vermocht. Schliesslich dürfte auch ihnen nicht unbekannt sein, dass es gerade die Sozial- und Arbeitsbedingungen sind, die den Bergbau für die Arbeitnehmer so wenig interessant machen. Konsequenzen werden daraus unternehmerseitig aber offenbar nicht gezogen. Die Haltung zum Bergarbeiterstatut zeigt das sehr deutlich. Allenfalls erwartet man vom Steuerzahler, dass er mit öffentlichen Mitteln einspringt, wenn es wieder einmal nicht im Bergbau klappt. Im übrigen aber hat man, um sein "soziales Gesicht" nicht ganz zu verlieren, beruhigende Sprüche bei der Hand.

CDU-MdB Philipp formulierte das vor dem europäischen Forum in Straßburg so: "Uns allen ist es ein Herzensbedürfnis -damit kein Zweifel und keine falsche Meinung aufkommt-, die sozialen Bedingungen so weit wie möglich günstig zu gestalten. Helfen Sie mit, einen rechten, realen und gangbaren Weg zu finden!"

Das Europäische Bergarbeiterstatut, das in der Tat ein Weg sein kann, um die sozialen Bedingungen der Bergarbeiter günstig zu gestalten, wurde aber von demselben Mann, der vorher so hehre Sätze gesprochen hatte, rundheraus abgelehnt - Vielleicht auch aus "Herzensbedürfnis"?

\* \* \*

### Ein bemerkenswertes Jubiläum

E.D. - In diesen Tagen begeht die Sozialistische Internationale, der weltweite Zusammenschluß sozialdemokratischer Parteien in allen Kontinenten, ein bemerkenswertes Jubiläum. Zehn Jahre sind vergangen, da sich in Frankfurt a.M. die Vertreter der wichtigsten sozialistischen Parteien vom 30. Juni bis 3. Juli versammelten, um die Sozialistische Internationale neu zu gründen. Bedeutsam jedoch waren nicht nur die organisatorische Festigung der vielfältigen Bindungen zwischen den einzelnen Parteien, eine bessere Koordinierung internationaler Aufgaben, ein fruchtbarer Austausch von Gedanken und Ideen untereinander, wie sie sicherlich zu den schönsten Erfolgen der SI zählen, wesentlich und in die Zukunft weisend wurde eine Erklärung der dort versammelten Delegierten, die als "Ziele und Aufgaben des demokratischen Sozialismus" entscheidend dazu beigetragen hat, die Grundlagen sozialdemokratischen Denkens zu einer starken Waffe im Kampf um die Befreiung des Menschen von Unterdrückung, Hunger und Not werden zu lassen.

Heute, im Jahre 1961, gehören mehr als 40 sozialdemokratische Parteien dieser Sozialistischen Internationale an, Parteien, deren Wirkungsfeld nicht auf Europa begrenzt ist, sondern in Asien, in Afrika und Lateinamerika zu großen und mächtigen Organisationen geworden sind und dort die Geschicke erst kürzlich unabhängig gewordener Staaten bestimmen. Allein in den letzten Jahren stimmten über 60 Millionen Menschen bei Wahlen für die Kandidaten von Mitgliedsparteien der SI. Es wäre jedoch falsch, die vergangene zehn Jahre allein unter dem Zeichen geographischer oder organisatorischer Ausdehnung der Sozialistischen Internationale zu sehen. Die Internationale ist darüberhinaus zu einem sichtbaren Zeichen verpflichtender Prinzipien geworden, denen Menschen nicht nur Lippenbekenntnisse bezeugen, sondern die ihrerseits Menschen dazu angespornt haben, eine politisch und wirtschaftlich bessere Zukunft zu schaffen.

In den großen Auseinandersetzungen unserer Tage hat die Sozialistische Internationale unmißverständlich und klar überall dort Stellung bezogen, wo die Freiheit, die Würde und das Leben von Einzelnen, wie von Völkern und Nationen bedroht waren. Das galt und gilt nicht nur dem Kommunismus und Totalitarismus aller Variationen gegenüber, es bezieht sich auch auf die Frontstellung gegen alle Formen von Kolonialismus und Unterdrückung.

Die vergangenen zehn Jahre des Bestehens der SI legen ein stolzes Zeugnis ab von der bindenden Kraft sozialdemokratischer Ideen und dem festen Willen, dem Menschen eine neue Welt bauen zu helfen.

## Die Bundesregierung aus der Sicht der Gemeinden

Von Oberbürgermeister H. Fischer (MdL)

Was haben wir aus der Sicht des Landes und der Kommunen von einem Regierungswechsel oder einer Änderung der jetzigen Bundestagsmehrheit zu erwarten? Der Ablauf der letzten 15 Jahre hat gezeigt, dass der föderalistische Aufbau für eine demokratische Entwicklung in der Bundesrepublik sicherlich vorteilhafter war als eine zentralistische Ordnung. Darum sollten wir Wert darauf legen, dass die Länderhoheit erhalten bleibt. Die den Ländern gegebenen Funktionen dürfen nicht weiter verkümmern durch die Schmälerung der finanziellen Mittel, indem man den Anteil der Länder am Steueraufkommen in der Bundesrepublik weiter verkürzt. In diesem Zusammenhang sei nur an die Kulturhoheit der Länder erinnert, die ganz zweifellos wichtig und bedeutungsvoll ist. Wir dürfen erwarten, dass bei einer anderen Bundestagsmehrheit und einer anderen Bundesregierung die finanzielle Kraft der Länder nicht nur gesichert bleibt, sondern weiter verstärkt werden kann.

Diese Frage ist aber noch bedeutungsvoller für die Gemeinden. Nach dem Zusammenbruch war die Gemeinschaft der Bürger in den Gemeinden und Städten das Wertvollste, was wir überhaupt besaßen. Damals haben sich die Gemeinden als die echte Keimzelle unseres neuen Staates bewährt. In der Gemeinde stehen für den Bürger sichtbar die Probleme unserer Zeit in jedem Haus, in jeder Strasse und an jedem Ort.

Hier geht es darum, dass Schulen, Kindergärten, Krankenhäuser und Altersheime geschaffen und immer besser ausgestaltet werden. Hier stellen sich die ersten Aufgaben, um die Gesundheit und Sicherheit der Menschen, die täglich ihrer Arbeit nachgehen sollen, zu gewährleisten. Hier werden die Menschen, die Familien, die Haushalte mit Strom, mit Wärme und mit Wasser versorgt. In der Gemeinde erwächst auch die Sorge für die Reinlichkeit, die Abwasserbeseitigung, Kanalisation, Kläranlage, Müllbeseitigung und vielerlei Dinge mehr. Hier wird das Bewusstsein zum Staat und zu der Gemeinschaft entwickelt. Der Staat sollte also allergrössten Wert darauf legen, dass die Gemeinden in jeder Beziehung funktionsfähig bleiben. Gerade dies aber wurde von der Bundesregierung nicht nur wenig beachtet, sondern geradezu vernachlässigt und erschwert. Bei einem Regierungswechsel und einer anderen als der jetzigen Bundestagsmehrheit wird es darum gehen, dass die Funktionen der Gemeinden auf eine andere und bessere Grundlage gestellt werden können.

Es ist nicht gut, dass die Gemeinden keinen unmittelbaren Anteil an dem gewaltigen Steueraufkommen im Bund haben. Es ist aber noch schlechter, dass die wenigen Steuern, auf die sich die Gemeindearbeit stützt, wie etwa die Gewerbesteuer, vom Bund so manipuliert und festgesetzt werden, wie es gerade die Situation erfordert. Man fragt nicht danach, wie die Gemeinden mit einem geringeren Steueraufkommen zurechtkommen sollen. Man überlässt sozusagen die Gemeinden ihrem Schicksal, wie sich das bei der Gewerbesteueränderung erst vor wenigen Wochen gezeigt hat.

Wir haben weiter erlebt, dass mit den Aufbaugesetzen den Gemeinden die Grundsteuern für viele Jahre entzogen oder vorenthalten wurden. Und wir haben schliesslich erlebt, dass die Steuereinnahmen von Kraftfahrzeugen und aus dem Kraftstoffverbrauch in die grossen Kassen des Bundes und der Länder fliessen, ohne dass diese sich um die unerhörten Verkehrsprobleme der Gemeinden kümmern. Wir erleben es auch immer wieder,

dass die in der CDU/CSU bestimmenden Kräfte nichts unversucht lassen, um eine fortschrittliche soziale Neuordnung in der Gemeinde zu verhindern, weil man offenbar glaubt, dass damit die sozialen Lasten, ganz allgemein gesehen, einen zu grossen Umfang annehmen.

Man braucht dabei nur an die unrühmlichen Vorlagen und Debatten über die verschiedensten Sozialgesetze - zuletzt über das Krankenversicherungsrecht - zu denken. Dieses geradezu reaktionäre Zielstreben hat man mit dem Bundessozialhilfegesetz noch verschärft. Es wurde im Hamletsprung, schnell und überraschend und ohne sich um die Argumente der Städte und der anderen zu kümmern, angenommen. FDP und SPD lehnten das Gesetz ab, weil es das vorbriefte Recht der Selbstverwaltung der Gemeinden im weitestgehender Sinne einschränkt. Es ist daher erklärlich, dass die kommunalen Spitzenverbände ebenso wie auch die sozialdemokratischen Länder, an der Spitze das Land Hessen, gegen dieses rückschrittliche Gesetz protestiert haben und der Auffassung sind, dass es seinem Grunde nach verfassungswidrig ist.

Nach dem Grundgesetz sind die Gemeinden im Rahmen ihrer Selbstverwaltung verpflichtet, dem vielfältigen Verlangen der Bürger Rechnung zu tragen, unverschuldete Not zu lindern und für soziale Einrichtungen zu sorgen. Die Verantwortung soll den Gemeinden bleiben, aber das Recht, die entsprechenden Einrichtungen zu schaffen, soll ihnen entzogen werden und ausschliesslich den karitativen oder - wie man so schön sagt - anderen Wohlfahrtsverbänden überlassen sein. Diese Verbände haben nach dem neuen Gesetz das Recht, ihre Forderungen zu erheben und solche Einrichtungen zu schaffen; aber die Gemeinden müssen sie finanzieren und die Verantwortung tragen. Ist das richtig?

Anstelle des Rechtsstaates wird hier bewusst die Grundlage zu einem patriarchalischen Staat nach Prägung der Armenfürsorge installiert. Eine Verfassungsklage scheint also unvermeidlich. Wieder einmal ist es unter Umständen notwendig, durch das höchste Gericht die Bundesregierung zur Ordnung zu rufen, damit die in § 28 Absatz 2 des Grundgesetzes den Gemeinden zustehenden Rechte gewahrt bleiben.

Ich wiederhole in diesem Zusammenhang, was ich früher schon einmal gesagt habe. Niemand befreit die Gemeinden von ihren Aufgaben und entlässt sie aus ihrer Verantwortung. Die Probleme unserer Zeit stehen in jedem Haus, in jeder Strasse und an jedem Ort. Man sollte die gewaltigen aufbauenden Kräfte der Gemeinden, die sich nach dem Zusammenbruch so deutlich zeigten, nicht übersehen und vergessen. Man kann diese wichtigen Aufgaben auch nicht damit abtun, dass man sagt, die Länder müssen sich um die Gemeinden kümmern oder die Länder müssen die Finanzierung der gemeindlichen Aufgaben besorgen.

Es wird eine umfassende Finanz- und Steuerreform notwendig sein, um die Verwirklichung all dieser Aufgaben in den Gemeinden zu gewährleisten. Wir sollten uns darüber klar sein, dass für diese Aufgaben ein Teil des ständig wachsenden Sozialprodukts abgezweigt werden muss. Niemand aber kann und wird erwarten, dass die jetzige Bundestagsmehrheit und die gegenwärtige Bundesregierung sich zu einer solchen grossen Entscheidung bereitfinden werden.

2300 von 150 000

sp - Über 100 000 Reservisten verlassen jährlich die Bundeswehr, bestätigte das Bundesverteidigungsministerium soeben auf Anfrage. Das ergibt, auf anderthalb Jahre umgerechnet, mehr als 150 000 Mann, die dem jetzt anderthalb Jahre alten "Verband der Reservisten der deutschen Bundeswehr e.V." als Mitgliederreservoir zur Verfügung ständen. Der Verband, der im Januar 1960 unter der Obhut des Bundesverteidigungsministers unter dem ständigen Strauss-Interviewer und Generalstabsmajor a.D. d.R. Weinstein mit damals 33 Gründern seinen Lebensweg begann, zählt aber heute erst rund 2300 Mitglieder.

#### Das "Wenn" des Herrn Ministers

Kein Wunder, dass die Delegierten der ersten Generalversammlung in dem saunaheligen Kleinsaal im Winzerverein-Hotel zu Unkel am Mittelrhein dem neuen siebenköpfigen Vorstand für das neue Jahr Hals- und Beinbruch wünschten. Vorstand Dr. Ganser (ein Delegierter nannte ihn "Herr Präsident") meinte denn auch, dass "die jungen Kameraden angesprochen werden müssten", wofür die Bundeswehr "Hilfe im Rahmen des Möglichen" versprochen hätte. Der prominenteste Bundeswehr-Vertreter, Brigadegeneral Schäfer, Ministerialabteilungsleiter "Öffentlichkeitsarbeit", wurde in der Kommentierung des reichlich belanglosen 08/15-Begrüßungsschreibens des "in Bayern befindlichen" Ministers schon viel deutlicher. Der General versprach "jede Unterstützung, die möglich ist, wenn (!) es gelingt, über Sie die Reservisten so zusammenzufassen, dass auf sie eingewirkt (!) werden kann". Dabei zerstörte der Brigadegeneral zugleich aber vereinsinterne Illusionen mit der eindeutigen Zweckfestlegung des Verbandes zur "Förderung der staatsbürgerlichen Gesinnung und der theoretischen Weiterbildung". Die praktische Ausbildung dagegen sei ausschliesslich Sache der Truppe.

#### Konkurrenz unter den "Betreuern"

Die Kameraden Delegierten steckten diesen Ukas mit Gleichmut ein, denn zu ihnen sprach ein Brigadegeneral der Bundeswehr in voller Uniform, und deshalb gab es auch kein einziges Wort der Diskussion oder gar der Widerrede. Es gab überhaupt keine Diskussion, auch dann nicht, als der General zum Schluss seiner Ansprache Einzelheiten über die neue "Reservisten-Betreuungsorganisation" der Bundeswehr berichtete, die das Experiment der "Betreuungsbataillone" ablösen soll. Die Bundeswehr will nämlich noch in diesem Jahre bei jedem Wehrbereichskommando, bei jedem Kreiswehrersatzamt und bei den Dienststellen der "Territorialem Verteidigung" ältere Offiziere und Hauptfeldwebel, insgesamt 160 Planstellen, einsetzen, die den Reservisten "dienen, ihm helfen, ihn betreuen und weiterbilden" sollen: "In Zusammenarbeit mit ihnen, meine Herren, denn das soll für Sie keine Konkurrenz sein".

Trotzdem entsteht da aber doch ein regelrechtes "Geriss" um die alljährlich 100 000 Reservisten. Da ist die offizielle Reservisten-"Betreuungsorganisation" der Bundeswehr, da ist der Reservisten-Verband und da ist auch die "Gesellschaft für Wehrkunde", deren Vorsitzender (oder Präsident?) Generaloberst a.D. Reinhardt zum Zeitpunkt des Entstehens des Reservisten-Verbandes dem damaligen Generalinspekteur General Heusinger fernschrieb, er möge doch mithelfen, dass es durch die Gründung des neuen Vereins nicht zu einer Spaltung unter den alten Soldaten käme. General a.D. Hellermann, zweiter Vorsitzender (oder Präsident?) der Gesellschaft und deren Geschäftsführer, verdächtigte in Unkel manche "Ecken" des Reservisten-Verbandes "höchst merkwürdiger Unterstellungen", wenn sie



behaupteten, Reinhardt hätte damals fernschriftlich bei Heusinger das Verbot des neuen Reservisten-Verbandes gefordert. Hellermann räumte aber ein, dass ein solches Fernschreiben vielleicht "von anderer Seite" gekommen sein könnte: "Das weiss ich nicht!"

#### "Fronterlebnis von vorgestern"

Im übrigen verwahrte sich der General a.D. leidenschaftlich gegen das Gerede, die Wehrkunde-Gesellschaft sei ein Klub "steinalter Offiziere und Generale". Natürlich gäbe es bei ihnen "alte und noch ältere Soldaten", aber die könnten doch nicht einfach das Militärische abschalten und sich nur noch um Horoskope und Scrya kümmern. Schliesslich hätte man sicher auch zuhause einen alten Opa, der jeden Abend dieselbe Geschichte erzähle. Aber diese Alten könnten eben noch über vieles Selbsterlebte berichten und so "zur Bewältigung der Vergangenheit" beitragen. Ausserdem würden allmählich ja auch jüngere Offiziere aus der Bundeswehr ausscheiden und zur Blutauffrischung in der Wehrkunde-Gesellschaft beitragen. Hauptsache sei, man bilde zusammen einen festen Block, in dem es keine Spalte gebe, und überdies sei es doch das "Fronterlebnis von vorgestern, das wir immer und immer wieder im Auge behalten sollten".

Mit dieser lodernnden Verbands-Eifersucht, die in matten Fronterlebnis-Pathos recht schlecht verpackt war, wurden die Delegierten des Reservisten-Verbandes nur mühsam fertig, zudem ein studentischer Reserveoffizier, Mitbegründer der Hochschulgruppen der Wehrkunde-Gesellschaft, ganz unverblümt die Pflöcke steckte: die Reserveoffiziere für die Wehrkunde-Gesellschaft, und die "anderen" Reservisten für den Reservisten-Verband. Dabei hatte sich der Verband bei seiner Vorstandswahl doch so sehr um Reputation bemüht: Fünf Mitglieder des siebenköpfigen Gremiums, darunter alle vier Vorsitz, sind Reserveoffiziere und zwei davon, zwei Beisitzer, sind Feldwebel. Im Zivilleben sind sie Notar, Studienprofessor, Lehrer, Bibliothekar, Oberförster und Student. Der siebente ist Verwaltungsangestellter und zudem Sozialdemokrat; dafür gibt es im Vorstand aber zum "Ausgleich" auch einen veritablen CSU-Landtagsabgeordneten. Der Verbands-Gründer und ehemals Erste Vorsitzende, Strauss-Interviewer Major Weinstein, ist völlig in den Hintergrund getreten.

#### Im Schein der Gnadensonne

Was sollen sie in diesem Reservisten-Verband nun also tun, um der Gnadensonne des Bundesverteidigungsministers doch noch teilhaftig zu werden? Zunächst einmal, so meinte ein Delegierter, das gegenseitige Misstrauen überwinden und zum "Wohl der Landesverteidigung" zusammenarbeiten. Ausserdem, so sagte ein zweiter Delegierter, an der staatsbürgerlichen Erziehung mitwirken, um auch den letzten Bergarbeiter erkennen zu lassen, dass Demokratie nicht die Staatsordnung sei, die allen Staatsbürgern jede Freiheit zulasse, sondern nur so viel Freiheit wie möglich, um nicht die Freiheit des anderen zu stören. Dann, so meinte der Delegierte, gäbe es künftig auch die nötige Unterstützung vom Bundesverteidigungsministerium, weil schliesslich die Bundeswehr eben nur so gut und so schlecht sei wie das ganze Volk.

Mit diesen schweren Sorgen bepackt marschieren die sieben Vorsitzenden mit ihren 2303 organisierten Verbands-Reservisten in eine unsichere Zukunft hinein, vor sich, neben sich und hinter sich die vielen Hunderttausende von Reservisten, die sich nicht als Reservisten organisieren und über sich, so schloss ein Delegierter seine Rede, die Fahne der Bundeswehr: "Sie ist nicht allein schwarz und sie ist nicht allein rot, sondern sie ist schwarz-rot-gold!" Wie recht der Mann doch hat. + + +